



öffentlich

Betreff:

Tragfähige IT-Konzepte entwickeln und umsetzen

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Erstellungsdatum: 10.01.2023

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
25.01.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, tragfähige Konzepte entwickeln zu lassen, die es ermöglichen, dass die Landeshauptstadt Potsdam auch bei IT-Attacken ohne erhebliche Einschränkungen arbeitsfähig bleibt.

Es bedarf u.a. Konzepte, die es ermöglichen, dass im Falle eines evtl. notwendigen Offline-Setzens der städtischen IT wichtige Informationen für die Bürger und für die Arbeit der Stadtverordneten, die z.B. im Ratsinformationssystem (RIS) angeboten werden, weiterhin verfügbar bleiben.

Der Stand der (weiter)entwickelten Konzepte und Maßnahmen inkl. der finanziellen Auswirkungen soll der Stadtverordnetenversammlung schnellstmöglich, spätestens aber bis zur SVV-Sitzung im September 2023, vorgelegt werden.

gez. Sabine Becker /Björn Teuteberg
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Abschalten der IT-Struktur in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam führt zu massiven Einschränkungen bei den Bürgern, Unternehmen und Institutionen sowie der Verwaltung und Politik.

Es sind daher Lösungen zu entwickeln, wie die Landeshauptstadt Potsdam auch bei IT-Attacken funktionstüchtig bleibt.

Da es sich z.B. bei den wesentlichen Inhalten im RIS weitgehend um ohnehin öffentliche Informationen handelt, auf die außerhalb der Stadtverwaltung rein lesend zugegriffen wird, lässt sich dafür ggf. eine öffentliche Datenplattform außerhalb der betrieblichen Verantwortung der städtischen IT für ein solches „Backup-System“ nutzen. Somit würden die erforderlichen Informationen zumindest mit Stand des letzten „Spiegels“ auf einer alternativen Plattform zur Verfügung stehen.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung